jetzt DAS MAGAZIN
www.jetzt-online.ch

Bedeutungsvolles Friedensprojekt

Der Europarat wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ins Leben gerufen, um den Frieden im Grossraum Europa nachhaltig zu sichern. Ihm gehören 47 Mitgliedstaaten an. Die Schweizer Delegation im Europarat präsidiert für die nächsten zwei Jahre Nationalrätin Doris Fiala. Unser Land ist 1963 dazu gestossen. Nichts zu tun hat der Europarat mit dem Europaparlament.

Von Martin Brunner

Der Europarat ist eines der grössten Friedensprojekte. Diese Aussage von Doris Fiala zeigt deutlich, welches die Aufgabe dieser Institution ist. Sie macht auch klar, dass sich die FDP-Frau aus dem Kanton Zürich mit grossem Respekt und Engagement zum Europarat bekennt. «Am 5. Mai 1949 wurde der Vertrag zur Gründung des Europarates im Saint James' Palace in London von den zehn Gründerstaaten England, Irland, Italien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Belgien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet, als Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg», sagt die Präsidentin der Schweizer Europarats-Delegation. «Ziel der Gründerstaaten war es, dass ein solcher Horror dank gemeinsamen Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der Verteidigung von Menschenrechten nicht mehr geschehen sollte.»

Bundespräsident Didier Burkhalter, Doris Fiala, Jean-Claude Mignon, ehemaliger Präsident der parlamentarischen Versammlung und der Schweizer Botschafter Charles Edouard Held (von links).

Konventionen ausarbeiten

Die Umsetzung dieser Ziele ist allerdings nicht so einfach und der Europarat erlässt keine Gesetze. «Wir verfassen Berichte, Konventionen und Resolutionen», erklärt Doris Fiala. «Bisher sind rund 220 Konventionen verabschiedet worden.» Sind Konventionen aus Sicht der Schweiz von Relevanz, können sie bei uns demokratisch ratifiziert werden. «Unser Parlament entscheidet also, ob eine Konvention angenommen und dadurch zum Gesetz erhoben wird, so wie dies vor einigen Jahren im Kampf gegen Doping im Sport geschah.» Die Schweiz hat etwas mehr als die Hälfte der Konventionen ratifiziert.

Anlässlich einer Demonstration vor dem Europarat überreichten Diaspora-Vertreter der Ukraine Doris Fiala eine Petition in einem offiziellen Brief mit 1400 Unterschriften (gesammelt an einem Tag), die Massnahmen des Europarats und Unterstützung zu Gunsten der Reform verlangte.

Nicht mit dem Mahnfinger

Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie spielen in der Geschichte unseres Landes eine wesentliche Rolle. Die Gefahr besteht aber, dass die Schweiz diese Fähigkeiten beinahe etwas missionarisch vermitteln will. «Wir dürfen nicht mit dem Mahnfinger andere Staaten zurechtweisen, als wären wir die Musterknaben und Lehrmeister dieser Welt», erklärt Fiala. «Wir hatten viel Zeit, um unsere Demokratie zu entwickeln. Andere Staaten, wie zum Beispiel Länder der ehemaligen Sowjetunion, können sich mit unseren Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erst seit dem Fall der Mauer 1989 und dem Zerfall der Sowjetunion 1991 anfreunden und sich ihnen annähern. Zudem wäre unsere direkte Demokratie gar nicht überall umsetzbar.»

Rolle als Vermittlerin

Die Schweiz stellt mit sechs Stimmberechtigten und sechs «Reserven» nur einen kleinen Teil der 318 Mitglieder und 318 «Reserven» im Europarat. Aufgeteilt sind die zweimal sechs Sitze gemäss der Parteistärke in der Schweiz. «Obwohl wir eine sehr kleine Delegation sind, werden wir mit Respekt behandelt und ernst genommen», sagt Doris Fiala. «Das hat vor allem damit zu tun, dass unser Land in Bezug auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit positiv in Erscheinung tritt und unsere traditionelle Rolle als neutrale Vermittlerin immer wieder geschickt wahrnimmt.»

Wahlen genau beobachten

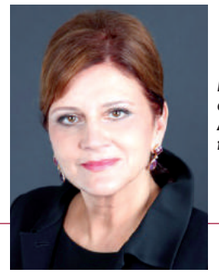
Zu Migrationsfragen präsidierte Doris Fiala während zwei Jahren die wichtige Subkommission «Flüchtlingswesen». Sie ist überzeugt, dass die Chance auf Frieden steigt, wenn Rechtsstaatlichkeit und demokratische Regeln eingehalten werden. Wo Korruption und mangelnde Gouvernanz regieren würden, drohen Revolutionen, sagt Fiala. Zu ihren Aufgaben gehören auch Wahlbeobachtungen. Sie war dafür in Kirgistan, Serbien, Moldawien, Montenegro und Georgien unterwegs. «Es geht jeweils darum, zu erfahren, ob und wie frei und fair Wahlen durchgeführt werden. Denn man weiss, dass das Konfliktpotenzial gross werden kann, wenn Wahlergebnisse verfälscht und die Gewaltentrennung nicht eingehalten werden.» Nicht nur im Grossraum Europa, sondern weltweit in OSZE-Mitgliedstaaten, gebe es Unregelmässigkeiten bei Wahlen. Deshalb erlebte sie es als besonders schmerzlich, dass es überhaupt möglich sei, dass in gewissen Ländern vor den Augen der Wahlbeobachter das offizielle Wahlprotokoll zerrissen und durch gefälschte Protokolle ersetzt wurde.

Schmerzliche Erfahrung

Dass der Weg zur Friedenssicherung ein steiniger ist, zeigt die jüngere Vergangenheit seit 2008: «Mit Russland und Georgien standen erstmals zwei Mitgliedstaaten des Europarats in einem kriegerischen Konflikt», sagt Fiala. «Das war und ist für uns eine schmerzliche Erfahrung. Die Proteste und Unruhen in der Ukraine und die Unabhängigkeitserklärung der Krim seitens Russland sind die jüngsten Prüfsteine für den Europarat.»

Global denken und handeln

Eine ebenfalls prägende und negative Erfahrung machte Doris Fiala in der Subkommission «Ausschaffungsgefängnisse und Flüchtlingslager» in Griechenland. Die Zustände der Ausschaffungszentren seien schockierend, sagt sie. «In Griechenland machen zudem vor allem die Bewegungen nach rechts aussen grosse Sorgen», sagt sie. «Da gibt es eine neue, eigentlich faschistische Bewegung, die ich nicht mehr für möglich gehalten hätte in Europa. Auch das Frauen-Ausschaffungsgefängnis, das wir besuchten, erschütterte uns. Erfreulich ist jedoch, dass es auf Druck des Europarates geschlossen werden soll.» Sobald es um Flüchtlinge geht, wird das Engagement von Doris Fiala noch stärker spürbar. «Wenn wir den Frieden allgemein sichern wollen, so müssen wir alles daran setzen, die Ursachen von Flüchtlingsströmen anzugehen. Dabei kommen wir nicht darum herum, global zu denken und international vernetzt zu handeln, denn sämtliche Risiken für die Schweiz sind heute global: Organisiertes Verbrechen, Menschenhandel oder Pandemien, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Globalen Gefahren kann die Schweiz nicht im Alleingang begegnen.»



Doris Fiala, engagierte Aussenpolitikerin für die Schweiz.

Vielfach engagiert

Doris Fiala ist 57 Jahre alt und mit Jan Fiala verheiratet. Ihre Kinder sind 30, 29 und 25 Jahre alt. Pro Jahr wirkt sie viermal eine Woche im Europarat und viermal drei Wochen im Schweizer Parlament. Kommen die jeweiligen Vorbereitungen und Kommissionssitzungen dazu. Die Zürcherin präsidiert zudem den Schweizer Kunststoffverband (Swiss Plastics) und die Aids-Hilfe Schweiz und ist Inhaberin einer Agentur für Öffentlichkeitsarbeit in Zürich. *mab.*

In diesem Saal tagt der Europarat.

Immer wieder bekommt Doris Fiala in Strassburg Besuch aus der Schweiz.